Akzeptanz der Windenergie sichern

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 7. Juli 2015:

1. Wir setzen bei der Steuerung des Ausbaus der Windenergie weiter auf die Regionalplanung. Sie ist der geeignete Weg, um Menschen, Landschaft und Natur zu schützen. Die bisherigen Verfahren werden weiterentwickelt und dabei auch die Beteiligung der kleineren Kommunen vor Ort an den Standortentscheidungen für Windkraftanlagen verbessert. Dazu wird das Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung geändert. Ein Repowering von Windkraftanlagen (WKA) außerhalb von Windeignungsgebieten soll verhindert werden.

2. Die Energiestrategie 2030 soll einer umfassenden Evaluierung unterzogen werden. Wir erwarten im Jahr 2016 erste Ergebnisse dieser Evaluation. Dabei wird insbesondere das Flächenziel von 2 Prozent der Landesfläche für Windeignungsgebiete überprüft werden.

3. Um die Beeinträchtigungen durch die nächtliche Befeuerung von WKA zu reduzieren, wird die Anwendung von Einrichtungen zur bedarfsgerechten Aktivierung der Befeuerung (nur bei Annäherung von Luftfahrzeugen) vorgegeben. Gleichzeitig wollen wir die Vorschriften zur

BRANDENBURG SPD

Hrsg: SPD-Landesverband Brandenburg, Klara Geywitz, Alleestr. 9, 14469 Potsdam
Foto: (c) Ulf Büschleb, SPD Brandenburg

Immissions- und Emissionsüberwachung überprüfen lassen, um bestehende Belastungen zu senken.

4. Akzeptanzprobleme gibt es auch deshalb, weil es kaum finanzielle Vorteile bzw. keine rechtlich gesicherten Möglichkeiten zur Beteiligung unserer Kommunen und Einwohnerinnen und Einwohner gibt. Deshalb soll Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, sich an Windparks in ihrer unmittelbaren Umgebung zu beteiligen und so direkter Nutznießer der Energiewende zu sein. Die Möglichkeit der finanziellen Teilhabe von Einwohnern und Kommunen in der jeweiligen Gemarkung wird gesetzlich geregelt. Dazu wird ein Bürger- und Kommunalbeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig muss den Standortgemeinden ein größerer Anteil an der Gewerbesteuer zufließen. Wir halten die bisherige Verteilung für ungerecht und werden uns auf Bundesebene für eine Änderung einsetzen.

5. Wir prüfen die Einrichtung eines Akzeptanzfonds, der sich aus Einnahmen des Landes aus der Verpachtung von Flächen für Windkraftanlagen speist. Aus diesem Fonds werden Maßnahmen in Kommunen finanziert werden, mit denen die Akzeptanz von Windkraftanlagen verbessert werden kann.

6. Der Netzausbau und der Ausbau der erneuerbaren Energien müssen besser synchronisiert werden. Hier ist die bundespolitische Ebene in der Pflicht, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir setzen uns weiter für eine faire Lastenverteilung bei den Netzentgelten ein. Der Bund muss unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen für einheitliche Netzentgelte in ganz Deutschland schaffen. Die Benachteiligung von Bundesländern, die Vorreiter bei erneuerbaren Energien sind, muss beendet werden.

7. Speichertechnologien sind wichtige Bausteine für die Systemintegration und damit essentiell für das Gelingen der Energiewende in Deutschland. Wir werden den Ausbau der Speicherkapazitäten weiter fördern. Bundespolitisch werden wir uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für das Betreiben von Speichern den Anforderungen entsprechen.